

Von der Polizei tolerierte «Deal-Zonen»

Wegen des Crack-Booms in Genf wirft eine alte SP-Idee plötzlich hohe Wellen



Weil Crack geraucht wird, setzt der Aufputseffekt sofort ein – klingt aber auch schnell wieder ab und macht extrem süchtig.
BORIS ROESSLER / DPA

ANTONIO FUMAGALLI, GENÈVE

Es sind verstörende Szenen, die man in Genf – und immer mehr auch in Lausanne – manchmal am helllichten Tag beobachtet: Menschen mit eingefallenen Gesichtern sitzen apathisch im öffentlichen Raum, verhalten sich aber immer wieder auch aggressiv gegenüber Passanten oder wühlen in Blumenbeeten, als hätten sie dort etwas vergraben. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass sie zuvor Crack geraucht hatten.

Seit einigen Monaten überschwemmt die Droge, eine Mischung aus Kokain und Natron, die zweitgrösste Stadt der

Schweiz regelrecht. Genaue Zahlen existieren zwar naturgemäss nicht. Gemäss Fachleuten ist der Gebrauch zuletzt aber explodiert, wie sich etwa daran zeigt, dass das Fixerstübl «Quai 9» beim Bahnhof aus allen Nähten platzt, obwohl dessen Kapazitäten erhöht worden sind.

Zur rasanten Ausbreitung trägt bei, dass der Stoff günstig ist – ein sogenannter «Stein» kostet nur gerade zehn Franken – und schneller abhängig macht als andere Drogen. Das Suchtpotenzial ist derart gross, dass viele Abhängige verwahrlösen und sich kaum mehr ernähren. Für besonders grosse Empörung sorgte zuletzt, dass es sich im ohnehin schon «heissen» Paquis-Quartier zahl-

reiche Dealer in unmittelbarer Nähe einer Primarschule bequem gemacht haben – weil dort keine Überwachungskameras installiert sind.

Schlecht recherchiert

Im Kontext der allgemeinen Ratlosigkeit in der Frage, wie man mit dem neuen Phänomen umgehen solle, findet ein politischer Vorschlag nun plötzlich Aufmerksamkeit – auch wenn er gar nicht neu ist. Bereits im Mai 2021 hat die Stadt-Genfer SP im Parlament eine Motion eingereicht mit dem Titel «Eine Lösung für den offenen Drogenhandel finden». Darin fordert sie, dass die Stadt-

regierung Vorschläge macht, wie man das Dealen «weniger störend» gestalten könne, als es derzeit in den betroffenen Quartieren der Fall ist.

Konkret würde dies bedeuten, dass es in den «Deal-Zonen» Zeiträume und Übergabepraktiken gäbe, die von der Polizei toleriert würden. Die SP bezieht sich im Vorstoss explizit auf die

Für Empörung sorgte zuletzt, dass es sich zahlreiche Dealer in unmittelbarer Nähe einer Primarschule bequem gemacht haben.

Städte Bern und Zürich, die «viel zufriedienstellender» auf den Drogenhandel reagiert hätten. Aus Deutschschweizer Optik wirken die Beispiele freilich ziemlich schlecht recherchiert: Zürich etwa habe das Dealen an «Vorstadtbahnhöfen» ausgelagert, wollen die Genfer Sozialdemokraten – ohne jene zu benennen – wissen.

Aus der Versenkung geholt

«Le Matin Dimanche» hat die Motion, deren Diskussion vom Parlament nicht weniger als sieben Mal verschoben und im Februar schliesslich an die Sozialkommission überwiesen worden ist, am Sonntag jedenfalls aus der politischen Versenkung geholt. Das Wort «Crack» kommt im Vorstoss zwar kein einziges Mal vor – aber die gegenwärtig kritische Situation in Genf ist zweifellos der Grund, warum in den letzten zwei Tagen mehrere Westschweizer Medienhäuser bei diesem Thema auf den fahrenden Zug aufgesprungen sind. Die SP-Motion erhält ein zweites Leben, ohne je ein erstes gehabt zu haben.

Selbstverständlich bleiben nun auch die politischen Reaktionen nicht aus. Genfs Sicherheitsvorsteher Mauro Pog-

gia erinnerte in der Sonntagspresse daran, dass die Idee nicht nur widerrechtlich, sondern auch «absurd» sei. Sie impliziere, dass es rechtsfreie Räume geben würde. «Keinesfalls darf unsere Gesellschaft ein solches Signal der Aufgabe aussenden. Sie muss den Kampf gegen die Rauschmittel verstärken», so der Vertreter des populistischen Mouvement citoyen genevois.

Gelegenheit für Frontalangriff

Mitten in der Nacht meldete sich auch die Stadt-Genfer FDP mit einem Communiqué zu Wort. Einmal mehr zeige sich die politische Mehrheit «unfähig», die Bürgerinnen und Bürger zu beschützen, schrieb sie. Schlimmer noch: Die SP schliesse sich mit dem Vorschlag «den Drogenhändlern an» und untergrabe überdies die Politik der «eigenen» Sicherheitsvorsteherin.

Die FDP hätte die Stossrichtung der Motion schon vor eineinhalb Jahren, als sie eingereicht worden ist, öffentlich kritisieren können. Aber nun, im Zuge der allgemeinen Aufregung, war die Gelegenheit einfach zu schön für einen Frontalangriff: So erinnert sie den politischen Gegner daran, dass die Kompetenzen der Stadtbehörden in Sicherheitsfragen ohnehin arg beschränkt sind – und folgert daraus, dass die einzige Wirkung, die der Vorstoss entfalten werde, «die persönliche Bereicherung der Gewählten» dank erhöhtem Sitzungsgeld sei.

NZZ | Live

Gesellschaft im Rausch: Drogenpolitik gestern und heute
4.10. 2022, 19 Uhr, Kosmos, Zürich

Beruhigungsmittel oder Leistungssteigerer: Drogen sind oftmals Gegenstand politischer Debatten – und ein Geschäft. Ein Blick in die Vergangenheit kann helfen, die Gegenwart besser zu verstehen.

Tickets unter nzz.ch/live

135 000 Franken für jedes Akutbett

Die Kantone subventionieren die Spitäler mit 3 Milliarden Franken – laut Kritikern verhindert das eine nötige Marktberreinigung

SIMON HEHLI

Die Corona-Pandemie hat die Spitäler stark gefordert, auch finanziell. Sie mussten auf Geheiss des Bundesrates einerseits nicht dringliche Operationen verschieben – diese Einnahmen fehlten. Andererseits bereiteten gerade die grösseren Krankenhäuser das Personal und die Infrastruktur auf einen Ansturm von Covid-Patienten vor. Der Unternehmensberater PricewaterhouseCoopers geht davon aus, dass sich der finanzielle Schaden der Spitäler für das Jahr 2020 auf rund 0,8 bis 1,3 Milliarden Franken beläuft.

Praktisch alle Kantone haben die Spitäler für diese Ertragsausfälle und Mehrkosten entschädigt: Bisher wurden rund 1,2 Milliarden Franken gesprochen. Das hat der Gesundheitsökonom Stefan Felder von der Universität Basel in einer neuen Studie im Auftrag von Ospita, dem Verband privater Gesundheitsdienstleister, errechnet. Für das Jahr 2021 fallen diese Beiträge deutlich geringer aus, Felder geht von rund 200 Millionen Franken aus. Ein Operationsverbot gab es im zweiten Corona-Jahr nicht mehr.

Die Pandemie trieb die kantonale Subventionierung der Spitäler in neue Höhen: 3 Milliarden Franken oder rund 135 000 Franken pro Akutbett. Doch es bestand zuvor schon ein deutlicher Trend. Während die Kosten der stationären Behandlungen ab 2016 stagnierten, stiegen die staatlichen Zuschüsse

2017 bis 2019 an. Das bedeutet, dass ein immer grösserer Anteil der Eingriffe im Spital nicht durch Krankenkassenprämien, sondern durch Steuer-gelder finanziert wird.

Ein Wettbewerb ohne Verlierer

Das ist deshalb bemerkenswert, weil eigentlich das Gegenteil passieren sollte. Seit 2011 stehen die Spitäler theoretisch im Wettbewerb miteinander. Sie erhalten für Behandlungen Fallpauschalen, um fast alle Kosten zu decken. Spitäler, die effizient arbeiten, profitieren finanziell. Jene, die zu viel medizinischen Aufwand betreiben, werden hingegen bestraft – und müssen im schlimmsten Fall schliessen.

Gesundheitspolitisch wäre das nicht unerwünscht, denn die Schweiz hat mit ihren 183 Akutspitälern und Geburtshäusern im internationalen Vergleich eine der höchsten Dichten: 99,8 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner erreichen mit einer Autofahrt von maximal 30 Minuten ein Spital. Dieser Luxus ist aber auch einer der Hauptgründe für die hohen Prämien und Steuerausgaben für die Gesundheit.

Doch Spitalschliessungen sind höchst unpopulär. Ein Bonmot besagt, dass Gesundheitsdirektoren, die sich an solchen Massnahmen versuchen, hochgradig abwahlgefährdet sind. Zum Glück für die Regierungsräte haben sie einige Möglichkeiten, mit denen sie Spitalern finanziell helfen können.

Der Studienautor Felder unterscheidet dabei drei Instrumente. Die Kantone können erstens einen überhöhten Grundtarif («Basisfallwert») für ein Spital festlegen. Zweitens können sie die Investitionskosten offen oder verdeckt mitfinanzieren, etwa über die Vermietung von Immobilien unter den marktüblichen Konditionen. Diese beiden Formen der Unterstützung sind in den letzten Jahren relativ stabil geblieben. Für den starken Anstieg der Sub-

Die zehn grössten Spitäler des Landes bekommen zwei Drittel der staatlichen Beiträge.

ventionen ist aber der dritte Punkt verantwortlich: die gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL). Damit dürfen die Kantone spezielle Aufgaben und Bereiche finanzieren wie Rettungsdienste, geschützte Operationssäle, die Forschung und die universitäre Lehre oder Vorhalteleistungen für Notfälle.

2020 haben die Kantone für die GWL 2,43 Milliarden Franken aufgeworfen. Davon flossen 93 Prozent an Spitäler, die ganz oder mehrheitlich in

Staatsbesitz sind. «Offensichtlich fehlt ein freier Marktzugang, der es privaten Klinken erlauben würde, ebenfalls gemeinwirtschaftliche Leistungen in einem relevanten Umfang bereitzustellen», beanstandet der Gesundheitsökonom Felder. Er fordert deshalb ein Ausschreibungsverfahren, bei dem der Anbieter mit dem günstigsten Gebot den Leistungsauftrag erhielte.

Das Ausmass der staatlichen Unterstützung unterscheidet sich stark. Grosszügig zeigen sich vor allem die Romands. So schiessen die Waadt, Genf und Neuenburg für jeden stationären Fall 4000 bis 5200 Franken zu. Die Zuger zahlen gerade einmal 71 Franken, der schweizerische Schnitt liegt bei 2000 Franken. Diese Diskrepanz bei den GWL ist für Kritiker ein Beleg dafür, dass manche Kantone auch marode Spitäler künstlich am Leben erhalten. Allerdings profitieren vor allem die grossen Player von der staatlichen Unterstützung: Die zehn grössten Spitäler des Landes bekommen zwei Drittel der Beiträge.

«Fehlende Dynamik»

Stefan Felder zieht nach elf Jahren Fallpauschalen ein ernüchterndes Fazit. Es habe zwar eine geringfügige Konsolidierung bei der Zahl der Spitäler und den Betten stattgefunden, das Ausmass der Anpassung an die neue Finanzierung- und Wettbewerbssituation sei jedoch «äusserst bescheiden». Die Hauptschuld

für die «fehlende Dynamik» tragen laut Felder die Kantone. Als Eigentümer hätten sie nach wie vor ein Interesse daran, das Überleben der eigenen Spitäler um jeden Preis zu sichern.

Tobias Bär, Sprecher der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK), kontert: «Der Vorwurf, die Kantone würden mit ihren GWL-Beiträgen den Wettbewerb verzerren, Regionalpolitik betreiben und kostspielige Strukturen aufrechterhalten, ist unberechtigt.» Die Kantone hätten kein Interesse daran, überbelegte Leistungen zu finanzieren. Laut Bär steht auch der Anstieg der Beiträge der Kantone an die GWL per se noch nicht im Widerspruch zum Wettbewerbsgedanken. Ebenso sieht er in den unterschiedlich hohen Beiträgen kein Problem: Es sei Sinn und Zweck der GWL, den verschiedenen Spitallandschaften gerecht zu werden. «Die Ausgangslage in einem Stadtkanton ist eine andere als jene in einem ländlich geprägten Kanton mit entlegenen, weniger bevölkerten Gebieten.»

In Bezug auf eine erwünschte Reduktion der Anzahl Spitäler sagt Bär: «Das ist oft auch eine Frage der politischen Machbarkeit beziehungsweise eine Frage der Akzeptanz in der Bevölkerung.» Die GDK sei aber bestrebt, die interkantonale Zusammenarbeit und die überregionale Versorgungsplanung zu stärken. So versuchen fünf Ostschweizer Kantone, den Kantönligest zu überwinden und teure Überkapazitäten abzubauen.